



PROTOKOLL

Ausschuss für Kultur

21. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, am 11. Januar 2024

Öffentlich, 10.02 bis 11.21 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Digitale Erfassung von kulturellem Erbe Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/4917 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 3 – 8)
2. Regionalforen im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/4945 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 9 – 11)
3. Förderung der Burgfestspiele Mayen Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/4946 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 12 – 13)
4. FILMZ – Festival des deutschen Kinos 2023 Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/4947 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 14 – 15)
5. Förderprogramm „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“ Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Vorlage 18/4997 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 16 – 18)
6. MemoriAHR – Die Flutkatastrophe von 2021 an der Ahr Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/5050 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 19 – 21)

Tagesordnung	Ergebnis
7. 200 Jahre Brasilienauswanderung aus dem Hunsrück Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der FREIEN WÄHLER – Vorlage 18/5054 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 22 – 24)
8. Verschiedenes	(S. 25)

Vors. Abg. Michael Wagner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Digitale Erfassung von kulturellem Erbe

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/4917](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Sven Ludwig Koch führt zur Begründung aus, aktuell laufe bis einschließlich 2024 die Förderperiode des Projekts „KuLaDig-RLP – Digitale Erfassung und Präsentation von Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz“. Die neue Ausschreibung sei mittlerweile online gestellt und in der Rhein-Zeitung veröffentlicht worden. Er bitte die Landesregierung um Berichterstattung über die vergangene Ausschreibungs- und Förderperiode hinsichtlich der Projekte, Erfolge und Erfahrungen sowie über den Sachstand bezüglich der kommenden Förderperiode bzw. ihrer Ausschreibung.

Christina Hahn (Stellv. Abteilungsleiterin im Ministerium des Innern und für Sport) berichtet, Rheinland-Pfalz verfüge über einen enormen Reichtum an kulturellen Schätzen. Ritterburgen, Kirchen, Denkmäler oder römische Villen gehörten fast selbstverständlich zum Landschaftsbild rheinland-pfälzischer Kommunen. Dieser kulturelle Reichtum zeige sich aber nicht nur im Großen, sondern insbesondere auch im Kleinen. Nahezu jede Gemeinde beherberge eindrucksvolle Objekte, die vielleicht nicht auf den ersten Blick sichtbar seien oder erst noch sichtbar gemacht werden müssten.

Mit dem Modellprojekt „KuLaDig-RLP – Digitale Erfassung und Präsentation von Kulturlandschaften in Rheinland-Pfalz“ sollten identitätsstiftende Orte und Objekte sowie immaterielle Kulturgüter systematisch erfasst und durch eine digitale Aufbereitung sichtbar gemacht werden. Die Abkürzung KuLaDig stehe dabei für das Informationssystem „Kultur. Landschaft. Digital“.

Das Projekt informiere über die historische Kulturlandschaft und das kulturelle Erbe und stehe für den deutschsprachigen Raum als webbasierte Plattform und als App zur Verfügung. KuLaDig biete dabei eine redaktionell abgesicherte Wissensbasis sowohl für die Wissenschaft als auch für den Gelegenheitsnutzer.

Das Modellprojekt KuLaDig-RLP werde federführend vom Institut für Kulturwissenschaften der Universität Koblenz durchgeführt, gemeinsam mit der Struktur- und Genehmigungsdirektion (SGD) Süd in Neustadt und dem Innenministerium als Fördermittelgeber. Kooperationspartner sei der Landschaftsverband Rheinland als Betreiber des Informationsportals KuLaDig. Insgesamt sei die Universität Koblenz in den Jahren 2019 bis 2023 mit rund 370.000 Euro gefördert worden. Im Rahmen des Modellprojekts würden jährlich ausgewählte Städte sowie Verbands- und Ortsgemeinden als Pilotkommunen intensiv begleitet und unterstützt. Jede Projektkommune erhalte zudem eine Anschubfinanzierung von bis zu 1.000 Euro, um die eigenen KuLaDig-Beiträge multimedial auszugestalten.

Eine zentrale Grundlage für die erfolgreiche Umsetzung des Projekts sei ein aktives lokales Projektteam, das alle engagierten und fachkundigen Personen der Kommune einbinde, denn das Wissen um

den kulturellen Reichtum liege in den Kommunen und bei den Menschen vor Ort. Es könne sich dabei ebenso um Faktenwissen, Geschichten, Liedgut, Gedichte und Mundart wie um Brauchtum oder Handwerkswissen handeln.

KuLaDig als digitale Anwendung helfe dabei, immaterielles und materielles Kulturgut mit verschiedenen Multimediaangeboten im Ort sichtbar zu machen. Dieses Ausschöpfen des eigenen Kulturpotenzials berge für die Kommune verschiedene Chancen. Neben der Wissensvermittlung, der Stiftung lokaler Identität und der Schaffung von Hotspots im Ort trage es zu einer stärkeren Sichtbarkeit der Kommunen in der Außenwahrnehmung bei. Die Bereitstellung von virtuellen 360-Grad-Touren, Drohnenflüge bzw. Luftaufnahmen oder die digitale Rekonstruktion von historischen Gebäuden seien nur einige beeindruckende Beispiele dafür, was im Rahmen solcher Projekte mit kleinem Mittelaufwand geschehen könne. Auch multimediales Storytelling bei der Einrichtung virtueller Museums- und Stadtrundgänge habe sich als interessantes Angebot bewährt. Mittels Audio- und Videoproduktionen, mit denen man Expertinnen und Experten, aber auch Zeitzeuginnen und Zeitzeugen am jeweiligen Objekt Geschichten erzählen lassen könne, werde Geschichte aus einer persönlichen und sehr lokalen Perspektive erlebbar.

Eine weitere Möglichkeit des Projekts sei die Integration von KuLaDig-Daten in andere zum Beispiel touristisch genutzte Plattformen wie Gastlandschaften oder Outdooractive, wie es zum Beispiel die Gemeinde Maikammer exemplarisch und mit Erfolg gezeigt habe. Modellhaft seien ebenfalls die Social-Media-Formate zu nennen, die im Projekt entwickelt würden und veranschaulichten, wie man auf diese Weise neue und meist jüngere Zielgruppen erreichen und sich mit anderen Institutionen vernetzen könne.

Mittlerweile hätten bereits 47 Modellkommunen bei der Erfassung und Digitalisierung ihres kulturellen Erbes beraten und unterstützt werden können. Die ausgewählten Kommunen seien auf der Projekthomepage mit ihren jeweiligen Leitthemen aufgelistet. Aktuell könnten sich Kommunen noch bis zum 31. Januar für die sechste Ausschreibungsrunde bewerben. Die Auswahl der dann sechs Modellkommunen erfolge nach Bewerbungsschluss durch die Universität Koblenz nach wissenschaftlichen Kriterien.

Im Jahr 2022 seien zusätzlich erstmalig drei der bisher geförderten Modellkommunen gezielt bei der Erstellung und Umsetzung von Verwertungskonzepten unterstützt worden. Diese hätten neben einer weiteren fachlichen Begleitung zusätzlich eine Anschubfinanzierung von je 1.000 Euro erhalten. Im Rahmen dieser zusätzlichen Unterstützung hätten zum Beispiel Informationstafeln gestaltet und an zentralen Orten errichtet sowie weitere KuLaTouren erstellt werden können.

Auch die Bewerber, die bei der Auswahl als Pilotkommune nicht berücksichtigt werden könnten, würden durch das KuLaDig-Kompetenzzentrum für Rheinland-Pfalz bei der SGD Süd kostenlos unterstützt. Mit der Unterstützung des Kompetenzzentrums könnten die erprobten und bewährten Ansätze aus dem Modellprojekt in die Fläche gebracht werden. Diese zusätzliche Unterstützung und Betreuung habe ermöglicht, dass inzwischen beeindruckende 3.300 rheinland-pfälzische KuLaDig-Beiträge erstellt worden seien.

Die Entwicklung neuer Modelle für die digitale Präsentation des kulturellen Erbes bleibe dabei eine zentrale Aufgabe des Projekts. Erprobt und umgesetzt würden momentan zudem verstärkt spielerische Angebote im Sinne von Gamification und kindgerechte Versionen von KuLaDig-Einträgen wie sie beispielsweise in Laubenheim an der Nahe in Zusammenarbeit mit einer örtlichen Kita erstellt worden seien. Außerdem sollten künftig weitere sogenannte KuLaTouren konzipiert und in die KuLaDig-Datenbank eingepflegt werden. Ziel sei, die in den jeweiligen Kommunen bereits erfassten Objekte in eine von Wanderern und Radfahrern nutzbare Kulturroute zu überführen. Bislang seien im Portal insgesamt 15 dieser KuLaRouten angelegt worden.

Daneben stehe der Aspekt der Vernetzung der Kommunen verstärkt im Vordergrund. Das KuLaDig-Kompetenzzentrum organisiere hierzu ein jährliches Netzwerktreffen. Zur weiteren Vernetzung der verschiedenen Institutionen begleite zudem ein Projektarbeiter die Arbeit des Projekts.

Das Landesprojekt KuLaDig-RLP zeige damit, wie die Digitalisierung kulturellen Erbes die Gemeinden bereichern, Alt und Jung miteinander verbinden und den lokalen Tourismus beleben könne. Für die Bürgerinnen und Bürger sei es ein Stück Geschichte, ein Stück Identität, das greifbarer und erlebbarer werde. Das KuLaDig-Projekt überführe dank des tatkräftigen Mitwirkens zahlreicher ehrenamtlicher Akteurinnen und Akteure die großen und kleinen kulturellen Highlights der rheinland-pfälzischen Heimat in die digitale Welt und eröffne einen neuen Blick auf gewohnte Aussichten.

Abg. Nina Klinkel beschreibt, ihrer Kenntnis nach liege die Zahl der unterstützten Kommunen aktuell bei 47. Sie bitte um Auskunft, ob seitens des Landes eine Zielgröße definiert sei, wie viele Kommunen insgesamt unterstützt werden sollten, oder ob sich diese Zahl tatsächlich nach der Zahl der eingehenden Bewerbungen richte. Ein Blick auf die Karte zeige momentan zwar eine Verteilung über das gesamte Land, es sei aber durchaus auch eine gewisse Konzentration auf den Norden des Landes zu erkennen.

Franziska Reuter (Referentin im Ministerium des Innern und für Sport) erläutert, in den ersten drei Jahren seien jährlich zehn Kommunen, die sich bislang noch nicht mit dem Thema „KuLaDig“ befasst gehabt hätten, aufgenommen worden. In der zweiten Förderphase ab 2022 sei man dazu übergegangen, die Zahl aufzuteilen. Einerseits hätten sich neue Kommunen bewerben können, von denen in der Regel sechs ausgewählt worden seien, andererseits seien zusätzlich drei weitere Kommunen ausgewählt worden, die schon einmal Modellkommunen gewesen seien oder sich – beraten durch das Kompetenzzentrum – bereits auf den Weg begeben hätten, ein Konzept für KuLaDig zu erstellen. Diese Kommunen hätten mithilfe einer Anschubfinanzierung ihr bisher Erarbeitetes noch einmal in den Vordergrund stellen und öffentlichkeitswirksam präsentieren können.

Die Universität Koblenz lege, nachdem sie die wissenschaftliche Auswertung vorgenommen habe, stets einen Vorschlag vor. Die Zahl von sechs Kommunen sei dabei nur ein Richtwert. Wenn davon auszugehen wäre, dass sieben hochqualifizierte Bewerbungen vorlägen, würden auch sieben Kommunen aufgenommen. Eine Zielzahl insgesamt gebe es nicht. Selbstverständlich werde eine möglichst flächendeckende Verteilung angestrebt. Aus diesem Grund finde das Netzwerktreffen in diesem Jahr auch im Eifelkreis statt, um dort noch einmal einen regionalen Impuls zu setzen.

Christina Hahn ergänzt, das Kompetenzzentrum bei der SGD Süd stehe den Kommunen jederzeit, unabhängig von der Ausschreibung des Modellprojekts, zur Verfügung. Es biete dauerhaft eine Beratung an und sei auch als dauerhafte Institution installiert worden. So seien Hilfe und Unterstützung für jeden, der sich auf den Weg machen wolle, gewährleistet.

Abg. Martin Louis Schmidt stellt dar, da sein Wohnort, die Verbandsgemeinde Annweiler, eine Modellkommune im Rahmen von KuLaDig-RLP gewesen sei, habe er diese sehr wichtige Initiative zur digitalen Vermittlung des Kulturerbes von Beginn an verfolgt.

Er frage, ob die erwähnten Netzwerktreffen regelmäßig stattfänden, und wenn dies der Fall sei, in welchem Rhythmus. Aus seiner Sicht sei es sehr wünschenswert, dass sich die teilnehmenden Kommunen über ihre Erfahrungen austauschten.

Bei dem Projekt gehe es zunächst um das kulturelle und geschichtliche Erbe, selbstverständlich habe KuLaDig-RLP aber auch eine sehr große Bedeutung für den Tourismus. Er bitte um Auskunft, ob der Landesregierung Erkenntnisse darüber vorlägen, welche konkreten Folgen das Projekt in diesem Bereich habe. Ihm sei bewusst, dass dies nur schwer gemessen werden könne, aber möglicherweise lägen der Landesregierung Rückmeldungen aus teilnehmenden Kommunen dahin gehend vor, dass die Besucherzahlen in bestimmten Bereichen erkennbar gestiegen seien.

Franziska Reuter antwortet, aus Sicht der Landesregierung sei das Netzwerktreffen fest etabliert und solle in der bisherigen Form fortgeführt werden. Es finde jährlich, jeweils im September, statt und werde in der Regel von 80 bis 100 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht. Bislang bestünden keine Bestrebungen, das Netzwerktreffen häufiger stattfinden zu lassen.

Wie Abgeordneter Schmidt bereits vermutet habe, werde bezüglich der touristischen Bedeutung keine quantitative Evaluation anhand von Besucherzahlen oder qualitative Evaluation durch Befragungen durchgeführt. Es lägen eher individuelle, subjektive Einschätzungen oftmals der Ortsgemeinden vor. Sie stellten vermehrt fest, insbesondere wenn Informationstafeln aufgestellt worden seien, dass sich Besuchergruppen vor diesen versammelten und in zunehmendem Maße externe Besucherinnen und Besucher zu beobachten seien, die die Orte mit dem Smartphone oder Tablet erkundeten.

Zudem werde verstärkt an Schnittstellen zwischen KuLaDig und bekannten oder viel genutzten Portalen wie Outdooractive gearbeitet. Dies werde sicherlich eine andere Form der Messung ermöglichen, zu wie vielen Aufrufen es komme.

Auf die Nachfrage des **Abgeordneten Martin Louis Schmidt**, ob angedacht sei, eine Evaluation wie von ihm angesprochen zu irgendeinem Zeitpunkt durchzuführen, erwidert **Franziska Reuter**, es fänden immer themenbezogen kleinere Evaluationen zu Fragestellungen statt. Zuletzt sei damit ein Leitfaden erstellt worden, mit dem Kommunen eigenständig, ohne externe Unterstützung, ihre Elemente erfassen könnten. Es sei durchaus möglich, dass in diesem Rahmen auch einmal schwerpunktmäßig überprüft werde, wie die touristische Bedeutung messbar gemacht werden könne oder wie sich diese durch KuLaDig verändert habe.

Abg. Sven Ludwig Koch beschreibt, wie dargelegt worden sei, handele es sich bei der Zahl von sechs Modellkommunen nur um einen Richtwert, sodass auch eine weitere Kommune gefördert werden könnte, sollten mehr als sechs Bewerbungen vorliegen. Vor diesem Hintergrund frage er, woran sich die endgültige Zahl der ausgewählten Kommunen bemesse. Des Weiteren bitte er um Auskunft, wie die Kommunen Kenntnis von der Möglichkeit zur Bewerbung erhielten, und welche Kriterien der Auswahl zugrunde gelegt würden.

Franziska Reuter stellt dar, zur Bekanntgabe der diesjährigen Förderphase sei im vergangenen Jahr ein Ministerschreiben an die hauptamtlich geführten Kommunen in Rheinland-Pfalz mit der Bitte um Weitergabe an die Ortsgemeinden verschickt worden. Zudem seien über die Kanäle der SGD Süd sowie der Universität Koblenz Veröffentlichungen geschaltet worden. Über diese Kanäle hätten die Kommunen also von dem Projekt erfahren können. Außerdem spreche das Kompetenzzentrum gezielt Kommunen an, die bereits einen Erstkontakt zum Kompetenzzentrum gehabt hätten, und weise diese darauf hin, dass eine neue Ausschreibungsrunde anstehe.

Die Auswahlkriterien würden durch die Universität Koblenz festgelegt. Sie umfassten unter anderem das Vorliegen eines schlüssigen Konzepts und Rahmenthemas, die Stützung der Arbeit auf ein ausreichend großes Projektteam, sodass davon auszugehen sei, dass das Projekt auch erfolgreich abgeschlossen werden könne, wenn es zu personellen Veränderungen komme, sowie eine regionale Verteilung. Die Auswahl erfolge schlussendlich auf Empfehlung der Universität Koblenz. Das Ministerium erhalte von dieser eine finale Liste zur Kenntnis.

Die Anzahl der ausgewählten Kommunen richte sich insbesondere auch danach, wie viel die Universität Koblenz in der Lage sei, zu leisten. Die Begleitung der Modellkommunen erfolge durch Studierendenteams, die sich zu Projektseminaren anmeldeten. Daher sei es auch immer von der Zahl der im jeweiligen Jahr zur Verfügung stehenden Studierenden abhängig, in welchem Umfang Kommunen begleitet werden könnten. Letztlich sei es dann eine Einschätzung der Universität Koblenz, was in diesem Jahr geleistet werden könne und wie viele Kommunen die entsprechenden Standards erfüllten.

Allerdings würden auch alle Kommunen, die nicht als Modellkommune ausgewählt worden seien, beraten, noch einmal explizit durch das Kompetenzzentrum angesprochen und auf diese Art auch weiterhin unterstützt.

Franziska Reuter (Referentin im Ministerium des Innern und für Sport) sagt auf Bitte des **Abg. Sven Ludwig Koch** zu, dem Ausschuss die Kriterien zur Auswahl der Kommunen nachzuliefern.

Abg. Roger Lewentz dankt Frau Hahn und Frau Reuter für ihren Bericht über dieses Projekt, dessen Erfolg auch auf ihr persönliches Engagement zurückzuführen sei. Wie ihm bekannt sei, gingen sie auch selbst in die Gemeinden, böten Beratung an und zeigten so auch das große Interesse des Landes.

Das Projekt KuLaDig, dessen Entwicklung er habe begleiten dürfen, passe idealtypisch zu Rheinland-Pfalz. Es gebe viele kleine, ehrenamtlich geführte Gemeinden im Land, in denen sich jeweils die

Kulturgüter befänden, die gemeinsam das große Bild von Rheinland-Pfalz ergäben. Dieses Projekt sei auf der einen Seite populär ausgerichtet, auf der anderen Seite aber wissenschaftlich sowie durch die SGD Süd begleitet. So sei sichergestellt, dass die ausgewählten Kommunen inhaltliche und qualitative Kriterien erfüllten. Seiner Erfahrung nach wären die meisten Gemeinden aus eigener Kraft weder finanziell noch hinsichtlich des Know-how in der Lage, ein solches Projekt umzusetzen. Die Vernetzungsfähigkeit werde dafür sorgen, dass irgendwann das große Bild von Rheinland-Pfalz vorliege. Ferner ergäben sich Nebenprodukte, indem Formate etwa darstellten, wie KuLaDig-Gemeinden per Fahrrad oder beim Wandern erlebt werden könnten.

Er wünsche allen Beteiligten weiterhin viel Erfolg bei dieser Arbeit, die eine große Leistung darstelle.

Vors. Abg. Michael Wagner schließt sich dem Statement des Abgeordneten Lewentz an. Ihm habe an diesem Projekt besonders der Gedanke gefallen, diese Dinge vor allem auch Kindern näherzubringen. Auch das Junge Museum in Speyer zeige, wie wichtig es sei, Menschen sehr früh mit Kultur in Kontakt zu bringen. Kultur spielerisch erlebbar und erfahrbar zu machen, sei eine wunderbare Sache.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Regionalforen im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/4945](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Manuel Liguori stellt dar, mittlerweile hätten die drei Regionalforen im Rahmen der Kulturentwicklungsplanung in Landau, Idar-Oberstein und Neuwied stattgefunden. Das bilde den vorläufigen Schlusspunkt der partizipativen Kulturentwicklungsplanung. Seine Fraktion bitte um Berichterstattung über die Ergebnisse und den Fortgang der weiteren Planungen.

Staatsministerin Katharina Binz berichtet, Ende November und Anfang Dezember 2023 hätten drei Regionalforen in Landau, Idar-Oberstein und Neuwied – es sei sich um eine regionale Verteilung über das gesamte Land hinweg bemüht worden – stattgefunden. Insgesamt hätten daran über 150 Personen teilgenommen. Diese Regionalforen stellten einen wichtigen Etappenschritt in der Kulturentwicklungsplanung dar, denn dort seien die ersten Ergebnisse vorgestellt und mit den Anwesenden diskutiert worden.

Auf den Regionalforen sei eine Ausstellung mit den 13 Handlungsfeldern und den zugehörigen 93 Maßnahmen gezeigt worden. Im Fokus habe insbesondere die Diskussion der fünf zentralen Leitthemen für die zukünftige Landeskulturpolitik gestanden:

- die Landeskulturförderung zeitgemäß entwickeln,
- regionale Kulturlandschaften stärken und profilieren,
- gesellschaftliche Verankerung von Kultur neu denken,
- die Vernetzung der Akteure aus Kultur und Politik fördern,
- die Bedingungen von Kunst- und Kulturproduktion verbessern.

Die Auseinandersetzung darüber habe in Form eines World Cafés stattgefunden. In zwei Runden hätten sich die Teilnehmenden für zwei Thementische zu den insgesamt fünf Leitthemen entscheiden und anhand von ausgewählten Leitfragen Kommentare und Ergänzungen beitragen sowie in die Diskussion eintreten können.

Zu den unter dem Leitthema „Landeskulturförderung zeitgemäß entwickeln“ vorgeschlagenen Maßnahmen habe es grundsätzliche Zustimmung gegeben. Für kulturpolitisch besonders wirksam sei die vom Land geplante Entwicklung einer Antragsplattform angesehen worden, aber auch der Ausbau sowie die Dynamisierung von Förderungen seien als besonders zielführend benannt worden.

Unter dem Leitthema „Regionale Kulturlandschaften stärken und profilieren“ sei verstärkt über ein mögliches Landesprogramm für Dritte Orte diskutiert worden. Die Definition von rheinland-pfälzischen Kulturregionen hätten die Teilnehmenden als eine sehr wirksame Maßnahme beurteilt. Wichtig sei hier vor allem, das sogenannte Kirchturmdenken abzustellen und auch Bereiche wie Wirtschaft und

Tourismus in die zukünftige Entwicklung einzubeziehen. Kultur müsse als Standortfaktor mitgedacht werden.

In der Diskussion zu dem Leitthema „Gesellschaftliche Verankerung von Kultur neu denken“ habe es viel Zustimmung für Maßnahmen wie den Landeswettbewerb kulturelle Bildung oder die Einbeziehung von Inklusion bei Förderanträgen gegeben. Die Forderung „Ehrenamt braucht Hauptamt“ sowie die Maßnahmen zur Qualifizierung und zum Austausch in der Region seien aber ebenfalls als wichtig angesehen worden.

Unter dem Leitthema „Vernetzung der Akteure aus Kultur und Politik fördern“ sei von den Teilnehmenden die Vernetzung noch einmal als ein zentrales Element der Vorschläge hervorgehoben worden. Auch Maßnahmen wie eine Landeskonferenz bzw. regionale Kulturkonferenzen hätten die Teilnehmenden als gewinnbringend für dieses Leitthema angesehen. Angeregt worden sei auch, dass Sponsoren sowie weitere Unterstützerinnen und Unterstützer aus der Wirtschaft auch über gute Kontakte der Politik für die Kultur gewonnen werden könnten. Insgesamt sei es wichtig, dass eine intensive Kommunikation bzw. Öffentlichkeitsarbeit die Kultur in der Fläche stärken könne.

In der Diskussion über das Leitthema „Bedingungen von Kunst- und Kulturproduktion verbessern“ sei der Vorschlag der Einbeziehung von Honoraruntergrenzen in die Landesförderung als sinnvoll angesehen worden. Außerdem seien kulturpolitische Maßnahmen, die eine Planungssicherheit für die Kunst- und Kulturproduktion schaffen könnten, sehr wichtig. Dabei seien die Unterstützung zur Publikumsgewinnung sowie die Evaluation bestehender Programme sehr wichtige Steuerungselemente einer zukünftigen Kulturpolitik.

Wie ihre Ausführungen zeigten, hätten ihr Haus und sie großes Interesse daran, die Kulturentwicklung gemeinsam mit den Kulturschaffenden und den Kulturinteressierten zu gestalten. Deswegen setzten sie immer wieder, schon seit Anbeginn dieses Prozesses, auf den gegenseitigen Austausch. Möglichst viele Perspektiven, vielfältige Erfahrungen und selbstverständlich auch das Wissen aus den unterschiedlichsten Bereichen sollten in diesen Prozess einfließen. Deshalb sei auch entschieden worden, sowohl die Leitthemen als auch die Handlungsfelder und Maßnahmen zusätzlich noch einmal online zu veröffentlichen, damit nicht nur die 150 Personen, die an den Foren teilgenommen hätten, sondern auch alle anderen Interessierten die Möglichkeit erhielten, dies zu kommentieren. Diese Onlinebeteiligung gebe zudem bisher noch nicht involvierten Kulturschaffenden die Gelegenheit zur Mitsprache und Mitgestaltung. Die Präsentation werde bis Anfang Februar online zur Verfügung stehen, bis dahin werde also die Onlinebeteiligung noch möglich sein. Nach Abschluss dieser Onlinebeteiligung würden natürlich auch die dort eingegangenen Kommentare sehr sorgfältig gesichtet und bei der Fertigstellung des Kulturentwicklungsplans berücksichtigt.

Am 27. Februar 2024 werde zum Projektabschluss der partizipativen Phase bzw. zum Übergang in die Umsetzungsphase – schließlich sei die Arbeit dann nicht beendet, sondern beginne gerade erst – in Mainz ein Zukunftsforum Kultur stattfinden. Sie lade bereits jetzt alle Abgeordneten herzlich zu dieser Veranstaltung ein und freue sich auf ihre Teilnahme sowie rege Beteiligung und Diskussion vor Ort.

Staatsministerin Katharina Binz sagt auf Bitte des **Abg. Sven Ludwig Koch** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Abg. Sven Ludwig Koch beschreibt, ausweislich des Protokolls der 20. Sitzung des Ausschusses am 15. November 2023 habe Staatssekretär Professor Dr. Jürgen Hardeck ausgeführt, nach Abschluss der Regionalforen und der Jugendkulturbefragung sollten die Ergebnisse zeitnah gebündelt werden, weil diese Ergebnisse auch für die Haushaltsplanung 2025/26 benötigt würden. Er frage, ob diesbezüglich bereits Erkenntnisse vorlägen.

Staatsministerin Katharina Binz antwortet, selbstverständlich würden genau diese Arbeitsschritte momentan intern in ihrem Ministerium umgesetzt. Genau aus diesem Grund sei so viel Wert darauf gelegt worden, die Regionalforen noch Ende des Jahres 2023 durchführen zu können. In diesem Rahmen seien alle der zurzeit 93 Maßnahmen, deren Zahl letztlich sicherlich geringer ausfallen werde, die aber zunächst einmal komplett hätten einbezogen werden sollen, zur Diskussion gestellt worden. Nun laufe innerhalb der Landesregierung der Prozess des Haushaltsaufstellungsverfahrens. Das bedeute, innerhalb ihres Hauses werde sehr sorgfältig überlegt, was in dem Aufstellungsverfahren des nächsten Haushalts schon zur Anmeldung gebracht werden könne.

Die Landesregierung habe aber immer betont, die Umsetzung der Kulturentwicklungsplanung sei kein Sprint, sondern ein Marathon. Demnach sei es nie der Anspruch oder realistisch gewesen, alle Maßnahmen, die letztlich umgesetzt werden sollten, bereits in den nächsten Doppelhaushalt einzubringen. Dies werde nicht funktionieren, sondern es werde sicherlich auch sehr abgestufte Zeitverläufe geben. Neben kurzfristig umsetzbaren Maßnahmen werde es auch Maßnahmen geben, die weniger mit finanziellem Einsatz als mit strukturellen Änderungen verbunden seien, sowie langfristige Maßnahmen und Projekte, an denen für eine lange Zeit gearbeitet werden müsse.

Die angesprochene Jugendbefragung sei abgeschlossen, und die Ergebnisse seien inzwischen online auf der Seite der Kulturentwicklungsplanung einsehbar.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Förderung der Burgfestspiele Mayen

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/4946](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Manuel Liguori legt dar, die Burgfestspiele in Mayen leisteten für Rheinland-Pfalz einen wichtigen kulturellen Beitrag und seien besonders im Norden von Rheinland-Pfalz von großer Bedeutung. Die Landesregierung habe angekündigt, die Burgfestspiele in Mayen durch eine Erhöhung des Zuschusses fördern und damit auch den kulturellen Beitrag verstärkt würdigen zu wollen. Seine Fraktion bitte um Berichterstattung über die angedachte Unterstützung und den Stand der Planungen.

Staatsministerin Katharina Binz berichtet, die Burgfestspiele in Mayen fänden bereits seit mehr als 35 Jahren statt und zögen weit über die Grenzen der Stadt und der Vulkaneifel hinaus Tausende Besucherinnen und Besucher an. In der Spitze hätten die Burgfestspiele 37.000 Besucherinnen und Besucher verzeichnet. Dieses traditionsreiche Freilufttheater sei außerdem ein fester Teil des Kultursommers in Rheinland-Pfalz.

Wie viele andere Kulturveranstaltungen stünden aber auch die Burgfestspiele in Mayen vor dem Problem inflations- und tarifbedingter Mehrkosten. Verschärfend komme bei den Burgfestspielen hinzu, dass die nach der Pandemie noch zurückhaltende Publikumsnachfrage auch geringere Einnahmen verursache. Es gestalte sich deshalb für eine Stadt wie Mayen wirklich sehr schwierig, den notwendigen Mehrbedarf ausschließlich über einen höheren Anteil an städtischen Eigenmitteln abzubilden.

Daher habe sie in einem Gespräch mit Oberbürgermeister Dirk Meid und dem Intendanten Alexander May mögliche Perspektiven für eine nachhaltige Absicherung der Burgfestspiele erörtert. Neben einer attraktiven Programmgestaltung sei selbstverständlich auch über mögliche Maßnahmen zur Kostenreduktion gesprochen worden. Die Stadt Mayen wolle erste entsprechende Maßnahmen bereits zur kommenden Spielzeit umsetzen bzw. sei eigentlich laufend dabei, zu schauen, wie dies realisiert werden könne. Vor dem Hintergrund, dass sich vor allen Dingen auch die Stadt Mayen sehr stark für diese Burgfestspiele engagiere, habe die Landesregierung eine um 100.000 Euro auf 340.000 Euro angehobene Landesförderung für das Jahr 2024 in Aussicht gestellt, selbstverständlich sofern ein entsprechender Fehlbedarf nachgewiesen werde.

Mit dem in Aussicht gestellten erhöhten Landeszuschuss unterstreiche die Landesregierung zum einen die landesweite Bedeutung der Burgfestspiele in Mayen. Zum andere verstehe sie sie aber auch als ein Signal, denn vor dem Hintergrund der finanziell angespannten Haushalte sei es gerade nicht selbstverständlich, dass sich eine Kommune in der Größenordnung von Mayen in diesem Umfang für Kultur und ein solches kulturelles Ereignis einsetze. Der Beitrag, den die Stadt Mayen selbst für die Burgfestspiele leisten werde, betrage 500.000 Euro. Dies bedeute wirklich eine sehr große Anstrengung für die Stadt. In Anerkennung dessen sei auch das Land bereit, seinen Anteil zu leisten.

Sie danke der Stadt Mayen an dieser Stelle noch einmal für ihr großes Engagement und wünsche den Burgfestspielen viel Erfolg für die kommende Spielzeit. Die Inaussichtstellung gelte zunächst für das Jahr 2024. Mit Blick auf die Haushaltslage und den Doppelhaushalt gelte es dann sehr genau zu betrachten, wie es in den nächsten beiden Jahren weitergehe.

Abg. Cornelia Willius-Senzer betont, vor dem Hintergrund der oft geführten Diskussion über die kommunalen Pflichtaufgaben finde sie es hervorragend, dass an dieser Stelle hervorgehoben werde, wie sich eine Kommune engagieren könne. Einige Kommunen hätten sich auf den Weg begeben, die Kultur stärker zu fördern, und dies sei ein gutes Beispiel. Es sei sehr lobenswert, dass sich gerade in der Kommune, in der das Geld überall knapp sei, in diesem Maß engagiert werde.

Vors. Abg. Michael Wagner merkt an, diesem Statement könnten sich wahrscheinlich alle Ausschussmitglieder, die für die Kultur stritten, anschließen.

Dem diesjährigen Programm der Burgfestspiele Mayen habe er entnommen, dass mit „Der Vorname“ unter anderem ein Werk gezeigt werde, dessen Folgefilm „Der Nachname“ im Rahmen des Festivals des deutschen Films Ludwigshafen gezeigt worden sei. Dieser sehr humorvolle Film habe dort bereits sehr viele Zuschauer angezogen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

FILMZ – Festival des deutschen Kinos 2023

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/4947](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Manuel Liguori beschreibt, ebenso wie bei den Burgfestspielen in Mayen handele es sich auch bei dem Festival FILMZ in Mainz um eine herausragende Veranstaltung, die bereits zum 22. Mal stattgefunden habe. Das Festival werde seit dem Jahr 2001 rein ehrenamtlich organisiert und von einem gemeinnützigen Verein mit Unterstützung des Landes Rheinland-Pfalz ausgerichtet. Er bitte um einen Bericht zum aktuellen Sachstand hinsichtlich des Festivals und um eine Stellungnahme der Landesregierung zu der Frage, ob das Festival aus ihrer Sicht weiterhin Bestand haben werde.

Staatsministerin Katharina Binz berichtet, die 22. Ausgabe des FILMZ – Festival des deutschen Kinos in Mainz habe am 12. November 2023 geendet. Zu den 110 gezeigten Filmen seien fast 6.000 Zuschauerinnen und Zuschauer gekommen. Es hätten Wettbewerbe in sieben verschiedenen Kategorien und insgesamt 65 Veranstaltungen stattgefunden.

Das FILMZ sei im Jahr 2001 nicht nur als ein rein ehrenamtliches, sondern auch als ein studentisches Projekt gestartet. Es werde bis heute jedes Jahr ehrenamtlich von Studierenden der Universität Mainz und der Hochschule Mainz durchgeführt und gehöre heute zu den wichtigsten und schönsten Filmfestivals in Rheinland-Pfalz.

Neben vielen herausragenden Filmen und dem Filmnachwuchs, jungen Filmemacherinnen und -machern, seien auch im vergangenen Jahr erneut bekannte Persönlichkeiten in Mainz zu Gast gewesen, was noch einmal die Strahlkraft des Festivals verdeutliche. Unter anderem seien die Schauspielerinnen Hannah Herzprung und Ulrike Krumbiegel vor Ort gewesen, ferner sei ein absolutes Highlight auch für die Studierenden selbst der Besuch von Oscar-Preisträgerin Caroline Link gewesen, die es sich nicht habe nehmen lassen, persönlich einen Film beim FILMZ vorzustellen.

Auch die im Rahmen des Festivals gezeigten Filme seien herausragend. So habe beispielsweise der erstmals auf dem Festival gezeigte und direkt mit dem Publikumspreis ausgezeichnete Film „When I bleed“ von Miriam Klischat anschließend auch auf europäischer Ebene mehrfach große Erfolge gefeiert. Das zeige, auch bei der Auswahl der Filme beweise das studentische Team jedes Jahr aufs Neue ein wirklich gutes Händchen.

FILMZ sei aber mehr als nur gutes Kino und das Leinwandvergnügen, denn neben den Filmen fänden viele weitere Veranstaltungen statt. Interessante Panels und Events, die am Rande stattfänden, böten Filmschaffenden und Studierenden die Möglichkeit, sich zu vernetzen. Dort könnten sich aber auch Filmschaffende und Publikum sehr gut treffen, und selbstverständlich könne auch der filmische Nachwuchs selbst aktiv werden. Mittlerweile sei ein kleiner Wettbewerb im Rahmen des FILMZ, bei dem die Teilnehmenden innerhalb einer sehr kurzen Zeitspanne einen Film produzieren müssten, der dann auf dem Festival gezeigt werde, schon fast legendär. Dieser Wettbewerb liefere wirklich erstaunliche

Ergebnisse. FILMZ bedeute folglich auch Begegnung und erinnere daran, wie wichtig Kinos als Orte des sozialen Zusammenhalts seien.

Das Land habe erfreulicherweise die Landesförderung für das FILMZ erneut anheben können von zuvor 29.500 Euro auf 37.900 Euro im Jahr 2023. Dies sei wirklich sehr gut angelegtes Geld, denn das FILMZ genieße nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern auch bundesweit unter den rund 400 Filmfestivals in Deutschland ein ausgezeichnetes Renommee, insbesondere für die Nachwuchsförderung. Diesem Gedanken habe sich auch die Landeshauptstadt Mainz angeschlossen, die offiziell auch die Veranstalterin des FILMZ sei. So habe die Stadt Mainz bereits zum zweiten Mal einen mit 2.500 Euro dotierten Sonderpreis für herausragende Leistungen an junge Filmschaffende vergeben.

Das Besondere an diesem Festival sei die Organisationsform, denn es engagierten sich wirklich immer wieder Dutzende von Studierenden. Aktuell seien es 55 Freiwillige, die sich zusammengeschlossen hätten und teilweise das ganze Jahr daran arbeiteten, dieses Festival auf die Beine zu stellen, teilweise aber auch nur in kurzen Zeiten – kurz vor, während oder kurz nach dem Festival – unterstützten. Tatsächlich würden alle anfallenden Aufgaben ehrenamtlich übernommen, von der gesamten Planung über die Kostenkalkulation und den Ticketverkauf bis zum Putzdienst. Daher sei das FILMZ das größte ehrenamtlich organisierte Festival in Deutschland.

Im Jahr 2023 habe vor allen Dingen auch die Entwicklung der Kinolandschaft in Mainz einen maßgeblichen Einfluss auf das Festival gehabt. Während in den Vorjahren vor allem die Kinos Palatin und Capitol sozusagen als Hauptstandorte für das FILMZ gedient hätten, habe das FILMZ im Jahr 2023 auf das CineStar ausweichen müssen, welches sich aber glücklicherweise bereit erklärt habe, dem Festival eine neue Heimat zu bieten. Allerdings sei dies wieder mit höheren Kosten und teilweise dem Verlust von Stammpublikum, das nicht unbedingt den Weg ins CineStar gefunden habe, verbunden gewesen. Die diesbezüglichen weiteren Entwicklungen in den nächsten Jahren seien mit Spannung zu erwarten.

Besonders sei zudem, dass es sich beim FILMZ primär um ein Publikumsfestival handele. Das bedeute, die Wettbewerbe dort würden durch das Publikum entschieden. Auch dies sei positiv hervorzuheben.

Im vergangenen Jahr habe das FILMZ erstmalig auch im Sommer von sich reden gemacht und ein Open-Air-Filmfest im Hof des Landesmuseums veranstaltet. Auch dieses Projekt sei über den Kultursommer Rheinland-Pfalz mit 10.000 Euro gefördert worden. In diesem Rahmen seien zehn von Filmpatinnen und Filmpaten ausgewählte Werke passend zu dem Motto des Kultursommers „Kompass Europa: Sterne des Südens“ gezeigt worden.

Vors. Abg. Michael Wagner merkt an, wie wichtig das Ehrenamt für die Kultur sei, müsse in dieser Runde wohl nicht erwähnt werden. Ohne dieses Ehrenamt würde sich die Kulturlandschaft in einer bedauernswerten Lage befinden.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 5 der Tagesordnung:

Förderprogramm „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

– [Vorlage 18/4997](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Josef Winkler teilt mit, das Förderprogramm „Aller.Land – zusammen gestalten. Strukturen stärken.“ sei bereits im Ausschuss thematisiert worden, als seine Einrichtung bekannt geworden sei. Damals seien aber noch einige Dinge unklar gewesen. Inzwischen sei das Verfahren so weit fortgeschritten, dass die Förderempfänger feststünden. Da die Bewerbung für eine Teilnahme an dem Programm nicht unmittelbar bei der Bundesregierung, sondern mittelbar über die Landesregierung möglich gewesen sei, bitte er die Landesregierung um Bericht.

Staatsministerin Katharina Binz bestätigt, im Ausschuss sei bereits über dieses Programm gesprochen worden, und die Landesregierung begrüße es sehr, an der Auswahl beteiligt zu sein.

Das neue Förderprogramm Aller.Land habe das Ziel, mit kulturellen und kreativen Vorhaben das Zusammenleben vor allen Dingen in den ländlichen Räumen zu fördern sowie durch Bürgerbeteiligung die Demokratie vor Ort zu stärken. Davon sollten insbesondere die strukturschwachen Regionen bundesweit profitieren. Das Programm sei ein gemeinsames Programm der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien, des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft sowie der Bundeszentrale für politische Bildung. Der Bund stelle bis 2030 insgesamt 69,4 Millionen Euro für dieses Programm zur Verfügung. Die ausgewählten Regionen sollten sich ab 2025 mit einer Kofinanzierung von bis zu 5,9 Millionen Euro beteiligen.

In der ab Februar beginnenden Entwicklungsphase werde die Zusammenarbeit in den Landkreisen angestoßen, und die regionalen Konzeptionen, die nun ausgewählt worden seien, würden entwickelt. Die 93 ausgewählten Träger erhielten bis zu 40.000 Euro, die in dieser ersten Phase komplett vom Bund getragen würden und dazu dienten, das eingereichte Konzept auszuarbeiten und zu entwickeln.

Für die Teilnahme an dem Programm sei es notwendig gewesen, sich beim Land Rheinland-Pfalz zu bewerben. Daraufhin habe ihr Haus gemeinsam mit dem Ministerium für Wirtschaft, Verkehr, Landwirtschaft und Weinbau im Oktober acht Träger in ländlichen Kreisen benannt, von denen die Hälfte in strukturschwachen ländlichen Kreisen angesiedelt sei. Dieser Benennung sei selbstverständlich ein Aufruf zur Einreichung von Bewerbungen vorausgegangen, der auf sehr große Resonanz gestoßen sei. Insgesamt seien 24 Interessensbekundungen eingegangen, die sich auf das ganze Land verteilt hätten. Um aus diesen Bewerbungen acht auszuwählen, hätten sich wirklich gute Gedanken gemacht werden müssen.

Bei den ausgewählten Trägern handele es sich mehrheitlich um freie gemeinnützige Akteure. Darunter befänden sich fünf Vereine, eine Stiftung, ein Landkreis sowie ein Zweckverband:

- again Speicher e. V. im Eifelkreis Bitburg-Prüm,
- AIM Kulturprojekte im ländlichen Raum e. V. im Landkreis Mayen-Koblenz,
- Bund Deutscher Pfadfinder_innen Landesverband Rheinland-Pfalz,
- Bürgerstiftung Pfalz im Landkreis Südliche Weinstraße,
- Gesellschaft für Kultur und Soziales, Donnersberg e. V. im Donnersbergkreis,
- Landkreis Südwestpfalz,
- Verein Kulturstätte Synagoge Freinsheim e. V. im Landkreis Bad Dürkheim,
- Zweckverband Welterbe Oberes Mittelrheintal.

Hinsichtlich des Zweckverbands Welterbe Oberes Mittelrheintal hätten zunächst einige bürokratische Hürden in Bezug auf die zulässige Rechtsform eines solchen Trägers überwunden werden müssen, was aber glücklicherweise gelungen sei.

Alle Träger hätten zum 13. November ihre Unterlagen im Antragsportal des Programmbüros fristgerecht hochgeladen. Seitdem habe das Programmbüro die Förderfähigkeit der Träger in Bezug auf Gemeinnützigkeit, Rechtsform und Verortung geprüft.

Das Kulturministerium plane, diese acht Akteure in Zusammenarbeit mit den jeweils im Norden und Süden des Landes angesiedelten Kulturberatern zu begleiten. Zudem sehe das Programmbüro von Aller.Land im gesamten Bundesgebiet Entwicklungswerkstätten für die beteiligten Träger vor, im Rahmen derer Informationen zum Programm vermittelt würden und sich die Akteure untereinander austauschen könnten. Aller.Land stelle den Akteuren in dieser ersten Förderphase darüber hinaus Prozessbegleitungen bereit, die den Prozess vor Ort unterstützten und den Partnern bei der gemeinsamen Ideen- und Zielfindung behilflich seien. Am Ende dieser Entwicklungsphase sollten tragfähige Konzepte für die anschließende Umsetzungsphase stehen.

Vor dieser Umsetzungsphase werde aber erneut ein Auswahlverfahren stattfinden. Im Jahr 2025 werde eine nationale Jury – das Land sei dann also nicht mehr unmittelbar an der Auswahl beteiligt – bundesweit bis zu 30 Projekte auswählen. Selbstverständlich werde gehofft, dass möglichst viele der rheinland-pfälzischen Projekte ausgewählt würden. An dieses Auswahlverfahren schließe sich eine fünfjährige Umsetzungsphase für die Projekte an. Pro Träger und Projekt stünden für diese fünf Jahre bis zu 1,5 Millionen Euro zur Verfügung. Eine 90-prozentige Bundesförderung sei vorgesehen, die restlichen 10 % könnten durch die Beteiligung von Landkreisen und/oder den Ländern sichergestellt werden.

Die Landesregierung habe ein großes Interesse daran, dass möglichst viele der acht rheinland-pfälzischen Projekte in diese Umsetzungsphase gelangten. Dann gelte es zu schauen, wie sich die Situation hinsichtlich der Haushaltsmittel bis dahin darstelle, aber selbstverständlich werde sich das Land, sollten rheinland-pfälzische Träger die Umsetzungsphase erreichen, um eine Beteiligung an den 10 % Eigenmitteln bemühen.

Abg. Sven Ludwig Koch führt aus, die genannte Zahl von 24 Interessensbekundungen sei sehr erfreulich. Da aus diesen letztlich aber nur acht Träger hätten ausgewählt werden können, bitte er um Auskunft bezüglich der zugrunde gelegten Auswahlkriterien.

Staatsministerin Katharina Binz antwortet, ein Kriterium sei sicherlich die regionale Verteilung gewesen, da die Landesregierung Wert darauf gelegt habe, möglichst über das ganze Land verteilt Projekte weitergeben zu können. Selbstverständlich seien aber auch die eingereichten Konzepte sehr genau betrachtet worden, wobei auf ihre Umsetzbarkeit geachtet worden sei, darauf, ob die Projekte auf Nachhaltigkeit angelegt seien, sowie darauf, ob die Projekte überhaupt den Ausschreibungskriterien entsprächen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 6 der Tagesordnung:

MemoriAHR – Die Flutkatastrophe von 2021 an der Ahr

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/5050](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Peter Stuhlfauth erläutert, Staatsministerin Binz habe im Rahmen der 15. Sitzung des Ausschusses am 21. März 2023 über die Planungen im Rahmen dieses Projekts berichtet. Er bitte um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Staatsministerin Katharina Binz berichtet, die Flutkatastrophe sei für viele Menschen, die vor Ort betroffen gewesen seien und nach wie vor betroffen seien, persönlich ein sehr einschneidendes Erlebnis gewesen. Die Ahrflut sei aber – sie gehe davon aus, darüber bestehe Einigkeit in diesem Ausschuss – auch ein sehr wichtiges Ereignis in der rheinland-pfälzischen Landesgeschichte.

Bereits unmittelbar nach der Flut hätten sich viele Menschen vor Ort auch darüber Gedanken gemacht, wie mittel- und langfristig an diese Flut erinnert werden könne. Auch das Kulturministerium habe sich schon frühzeitig mit diesem Thema beschäftigt, und sie selbst habe sich bereits im Januar 2022 bei einem Besuch vor Ort ein Bild machen können. Damals habe sie das sogenannte Flutmuseum in Kreuzberg, einem Ortsteil von Altenahr, besucht. Dort hätten Menschen schon zu diesem Zeitpunkt ehrenamtlich und in einem sehr provisorischen Rahmen ein kleines Museum mit Objekten und Berichten zur Flut zusammengestellt. Damals sei vor Ort schon spürbar gewesen, dass viele Initiativen entstünden, die sich darüber Gedanken gemacht hätten, wie nicht nur der Wiederaufbau bewältigt, sondern auch in Zukunft an diese Katastrophe erinnert werden könne.

Dies sei für die Landesregierung der Anstoß gewesen, in einer sehr intensiven Zusammenarbeit mit einer ehrenamtlichen Arbeitsgruppe vor Ort im Jahr 2022 Interviews von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen aufzeichnen zu lassen. Vor Ort habe eine Bürgerinitiative bestanden, die das Land entsprechend finanziell unterstützt habe. Ein Regisseur habe diese Zeitzeugeninterviews aufgezeichnet, wobei Wert darauf gelegt worden sei, diese Geschichten möglichst zeitnah zum Geschehen zu dokumentieren.

Diese Zeitzeugeninterviews sollten als wichtige Dokumente der rheinland-pfälzischen Zeitgeschichte an einem gebührenden Platz präsentiert werden. In der bereits erwähnten Ausschusssitzung im März 2023 habe sie die Absicht dargelegt gehabt, diese Interviews bis Ende des Jahres 2023 auch digital zur Verfügung zu stellen. Aufgrund des Gedankens, den Interviews einen gebührenden Platz und einen entsprechenden Rahmen zuweisen zu wollen, habe sich die Landesregierung aber noch einmal umentschieden und wolle nun nicht mehr eine eigene Homepage aufbauen, die nur für diese Interviews gedacht sei. Ebenso wenig sollten die Interviews einfach auf die Homepage des Ministeriums gestellt werden. Stattdessen sei sich dafür entschieden worden, die Interviews in Zukunft auf dem digitalen Landesportal für das kulturelle und historische Erbe des Landes Rheinland-Pfalz zur Verfügung zu stellen.

Dieses zentrale digitale Landesportal befinde sich noch in der Entstehung. Es werde im Auftrag des Kulturministeriums seit einigen Jahren von der Universitätsbibliothek Mainz aufgebaut. Die entsprechenden Arbeiten liefen, und es sei geplant, dieses Landesportal im zweiten Halbjahr 2024 online zu stellen. Die Zeitzeugeninterviews würden von Beginn an auf diesem Portal abrufbar sein. Dieses Vorgehen biete die Möglichkeit, neben dem abgeschlossenen Projekt MemoriAHR mit den Interviews weitere Inhalte zum Gedenken an die Flutkatastrophe aufzubereiten. Sie erinnere in diesem Zusammenhang etwa an die Kulturobjekte vor Ort, die restauriert worden seien, wie das Seelenbuch oder andere wichtige Objekte. Das digitale Landesportal biete wirklich den nötigen Raum, um die Flutkatastrophe als ein zeitgeschichtliches Ereignis in der Landesgeschichte entsprechend zu präsentieren. Dies scheine der Landesregierung der richtige Rahmen zu sein, weshalb die Umsetzung leider noch etwas mehr Zeit in Anspruch nehmen werde.

Das Projekt laufe vor Ort aber weiter, schließlich gehe es bei der Arbeit der Bürgerinitiative um mehr als nur die Zurverfügungstellung der Zeitzeugeninterviews. Aktuell werde sich mit den Stelen beschäftigt, die Teil des Projekts werden sollten. Es sei beabsichtigt, in den einzelnen Kommunen entlang der Ahr entsprechende Informationstafeln bzw. Stelen aufzustellen, die dann vermutlich über einen QR-Code mit den Interviews verbunden würden. Mittlerweile seien vor allem die Kommunen sehr intensiv damit beschäftigt, ihre Beteiligung an diesem Weg der Erinnerung vorzubereiten und umzusetzen.

Staatsministerin Katharina Binz sagt auf Bitte des **Abg. Martin Louis Schmidt** zu, dem Ausschuss ihren Sprechvermerk zur Verfügung zu stellen.

Abg. Martin Louis Schmidt legt dar, die Ausführungen bezüglich des neu entstehenden digitalen Landesportals seien sehr spannend. Mit diesem Vorhaben sollte sich auch der Ausschuss erneut beschäftigen, wenn es weiter gediehen sei.

Eine Dokumentation der Geschehnisse sei von großer Bedeutung. Sie müsse zeitnah erfolgen, solange die Erinnerungen noch frisch seien, und stelle für die Bevölkerung, die ein Interesse daran habe, ebenfalls eine Möglichkeit der Bewältigung dieser traumatischen Ereignisse dar.

Er habe bereits mehrfach die eigentlich aus dem DEHOGA stammende Idee angesprochen, ein Wissenschaftszentrum für Naturkatastrophen einzurichten, in das derartige Materialien potenziell ebenfalls einfließen könnten. Staatsministerin Binz habe zwar von einem kleinen Flutmuseum berichtet, momentan konzentrierten sich die Pläne aber auf die digitale Ebene, die gut und wichtig sei. Im gehe es aber auch um den Gedanken, zur Dokumentation aller schrecklichen Erfahrungen im Rahmen der Flutkatastrophe sowie zur Förderung des Tourismus ein Museum bzw. ein Wissenschaftszentrum einzurichten, in dem alles dargestellt werde, sowohl analog mit bestimmten Sachen, die hätten gerettet werden können, als auch digital mit Filmen. Diese Idee finde er durchaus faszinierend, da sich daraus doch ein sehr interessanter Anziehungspunkt für das gebeutelte Ahrtal entwickeln könnte. Vor diesem Hintergrund bitte er um Auskunft über den aktuellen Stand der Diskussion zu diesem Thema und frage, ob nach Kenntnis der Landesregierung überhaupt noch konkrete Überlegen in diese Richtung angestellt würden.

Staatsministerin Katharina Binz antwortet, ihr liege momentan kein aktueller Stand bezüglich der vor Ort geführten Diskussionen vor. Die Frage, wie vor Ort an dieses Geschehen erinnert werde, und die Frage nach der Einrichtung solcher Institutionen wie Forschungsinstitute oder Museen – es seien viele Vorschläge geäußert worden – könnten nicht durch das Land, sondern müssten immer fundamental von den Menschen vor Ort sowie den Kommunen und kommunalen Vertreterinnen und Vertretern entschieden werden. Dies sei von Beginn an die Haltung der Landesregierung gewesen und drücke sich auch im dem Projekt MemoriAHR aus. Das Land unterstütze dieses finanziell und stelle die Ergebnisse auf einem landesweiten Portal zur Verfügung, aber die inhaltliche Arbeit müsse vor Ort stattfinden. Dies sei dem Ereignis angemessen.

Abg. Peter Stuhlfauth begrüßt die Ausführungen der Landesregierung und bringt seine Unterstützung zum Ausdruck. Wichtig sei aber, dass diese Dinge nicht zu lange verschleppt würden, da sie sonst irgendwann versickerten. Seine Fraktion werde sich im zweiten Halbjahr erneut nach einem aktuellen Stand erkundigen.

Abg. Martin Louis Schmidt führt aus, Staatsministerin Binz habe zu Recht darauf hingewiesen, dass die Initiative für ein solches Dokumentationszentrum – seiner Auffassung nach sollte es keinen zu wissenschaftlichen Fokus haben – natürlich aus der Region kommen müsse. Dies sei selbstverständlich bei allen Dingen wichtig. Er wolle aber hervorheben, dass seiner Meinung nach in diesem Fall auch das Landesinteresse sehr groß sei. Die Flutkatastrophe habe überregional, deutschlandweit und darüber hinaus sehr viel Aufmerksamkeit gefunden. Es sei ein ungemein großes Ereignis, das historisch aufgearbeitet werden müsse. Natürlich habe das Land auch ein Interesse an der Entstehung eines solchen Dokumentationszentrums, da es nicht nur für die Region an der Ahr Besucher und Aufmerksamkeit generieren würde, sondern ganz Rheinland-Pfalz davon profitieren könnte. Er werde sich selbst nach dem Stand der Dinge erkundigen, appelliere aber auch an die Politik und die Landesregierung, diese große Chance, die sich möglicherweise biete, zu ergreifen. Abschließend frage er, ob die Landesregierung bezüglich dieser Thematik nicht auch ein sehr großes Interesse seitens des Landes sehe.

Staatsministerin Katharina Binz erläutert, würde sich vor Ort eine solche Initiative entwickeln, bestünde selbstverständlich ein Landesinteresse an der Realisierung. Das Landesinteresse könne aber nicht darin bestehen, als Landesregierung den Anstoß zu geben oder die Richtung vorzugeben, in der so etwas entwickelt werde, sondern das Landesinteresse müsse darin bestehen, Dinge, die vor Ort entschieden worden seien und vor Ort als angemessen empfunden würden, entsprechend zu unterstützen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 7 der Tagesordnung:

200 Jahre Brasilienauswanderung aus dem Hunsrück

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FREIEN WÄHLER

– [Vorlage 18/5054](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Abg. Dr. Herbert Drumm führt aus, da die Brasilienauswanderung relativ unbekannt sei, wolle er einige einleitende Ausführungen machen. Bei dieser Auswanderung habe es sich um eine gewollte Auswanderung gehandelt. Brasilien habe damals seinen südlichsten Zipfel stärker bevölkern und entwickeln sowie gleichzeitig die Grenze schützen wollen. Die Idee dazu habe von Erzherzogin Leopoldine aus Habsburg gestammt, die einige Jahre zuvor den brasilianischen Kaiser geheiratet habe und deren Vorbild Kaiserin Maria Theresia gewesen sei, die das Gebiet längs der Donau entsprechend besiedelt gehabt habe. Kolonisten seien vor allem in Deutschland geworben worden, das damals nach den Napoleonischen Kriegen stark gelitten habe. Brasilien habe mit bezahlter Überfahrt, Bürgerrechten, Land, Steuerbefreiung und einigem mehr geworben. Insbesondere aus dem Hunsrück seien Menschen nach Brasilien ausgewandert. Die ersten seien im Jahr 1824 in Brasilien eingetroffen. Die erste Siedlung in Brasilien sei zu Ehren der Kaiserin Leopoldine „San Leopoldo“ genannt worden. Noch heute lebten dort viele Menschen mit deutscher Herkunft, und auch viele kulturelle Dinge erinnerten an Deutschland. So habe er als Sänger mit großer Freude gelesen, dass dort noch viele Männergesangsvereine existierten. Es bestünden auch wirtschaftliche Beziehungen nach Idar-Oberstein, besonders durch Einkäufe von Edelsteinen und Halbedelsteinen aus Brasilien. Vor diesem Hintergrund bitte er die Landesregierung um Bericht darüber, was anlässlich des 200-jährigen Jubiläums dieser Brasilienauswanderung in Rheinland-Pfalz geplant sei.

Staatsministerin Katharina Binz berichtet, der Beginn der Auswanderung jähre sich in diesem Jahr tatsächlich zum 200. Mal. Sie wolle Abgeordnetem Dr. Drumm nur in einer Kleinigkeit widersprechen, denn sie glaube, die Auswanderung sei gar nicht so unbekannt. Immerhin sei sie ein großes Thema in dem Film „Die andere Heimat“ von Edgar Reitz und habe damit eine filmische Auseinandersetzung erfahren.

Im Zusammenhang mit dem Jubiläum gebe es in diesem Jahr an verschiedenen Orten in Rheinland-Pfalz Initiativen, die diesen Anlass würdigen wollten. Das Kulturministerium stehe daher auch mit den dortigen Trägern, beispielsweise der Stadt Kaiserslautern oder dem Rhein-Hunsrück-Kreis, im Austausch. Die Landesregierung sei sich der Bedeutung dieses 200-jährigen Jubiläums sehr bewusst und plane deshalb eine sehr großzügige Förderung des zentralen Ausstellungsprojekts in diesem Jahr „Neuland – 200 Jahre Auswanderung nach Brasilien“. Dies sei ein gemeinsames Ausstellungsvorhaben des Hunsrück-Museums in Simmern und des Stadtmuseums in Kaiserslautern. Allein die Tatsache, dass diese Ausstellung an den beiden Orten stattfinden solle, sei ein sehr spannender Ansatzpunkt bei diesem Projekt. Ergänzt werde diese große Jubiläumsausstellung in den beiden genannten Museen durch einen digitalen Ausstellungsteil sowie ein umfangreiches Rahmenprogramm. Außerdem sei eine mobile Wanderausstellung geplant. Die mobile Ausstellung solle das Thema noch bekannter machen, nicht nur an Schulen und öffentlichen Plätzen im Rhein-Hunsrück-Kreis oder in Kaiserslautern, sondern in ganz Rheinland-Pfalz.

Das Hunsrück-Museum in Simmern sei im November 2022 Gastgeber einer öffentlichen Tagung zu dem Thema „200 Jahre Auswanderung“ gewesen. Infolge des großen zivilgesellschaftlichen Interesses, das sich im Rahmen dieser Konferenz gezeigt habe, werde nun die Sonderausstellung in Simmern und Kaiserslautern entwickelt. Diese Ausstellung thematisiere nicht nur die historische Aufarbeitung der Auswanderungsgeschichte, sondern auch die Chancen und Perspektiven von Migration und Kulturtransfer.

Gleichzeitig werde im Jahr 2024 auch „Die andere Heimat“, der Film von Edgar Reitz, vor dem Hintergrund des Jubiläums im Edgar-Reitz-Filmhaus in Simmern eine zentrale Rolle spielen. Im Rahmen der von ihrem Haus über das Programm für kommunale Kulturprojekte geförderten HEIMAT EUROPA Filmfestspiele, die seit einigen Jahren in Simmern stattfänden, solle an die gelungene Premiere des Films im Jahr 2013 angeknüpft werden.

Der Rhein-Hunsrück-Kreis habe zudem ein umfangreiches Jubiläumsprogramm erarbeitet, wofür der Kreistag ein Budget von bis zu 250.000 Euro zur Verfügung stellen wolle. Die Gemeinden Rheinböllen, Simmern und die Verbandsgemeinde Simmern beabsichtigten außerdem, zum Jubiläum eine Theaterproduktion mit insgesamt 60.000 Euro zu unterstützen.

Im öffentlichen Vereinsregister seien sechs eingetragene Vereine im Land zu finden, die Partnerschaften mit Brasilien pflegten. Keiner dieser Vereine sei allerdings bislang dem Land gegenüber in Bezug auf das Jubiläum in Erscheinung getreten. Der Landesregierung lägen über die aktuellen Aktivitäten dieser eigentlich sehr lokalen Vereine keine Erkenntnisse vor.

Auf der Grundlage der beim Rat der Gemeinden und Regionen Europas geführten Datenbank seien fünf Städte- und Ortspartnerschaften zwischen rheinland-pfälzischen und brasilianischen Kommunen bekannt:

- Boppard und Arroio do Meio,
- Simmern und Igreja, Inha,
- Dickenschied und Salvador do Sul,
- Rheinböllen und Maratá,
- Emmelshausen und Nova Petrópolis.

Diese kommunalen Partnerschaften würden organisatorisch durch den Verein der Brasilienfreunde Hunsrück begleitet. Auch auf dessen Homepage seien verschiedene geplante Veranstaltungen und Aktivitäten zu finden.

Ihr Ministerium beschäftige sich schon seit geraumer Zeit mit dieser Thematik, stehe im Austausch und unterstütze die Kommunen, die sich im Jahr 2024 diesem landesgeschichtlich sehr bedeutsamen Thema widmeten. Sie sei zuversichtlich, dass es landesweit gelingen werde, diese Geschichte im Jahr 2024 landesweit gebührend zu präsentieren und erfahrbar zu machen.

Abg. Roger Lewentz beschreibt, der frühere Landtagspräsident Joachim Mertes, bekennender Hunsrücker, habe diese Partnerschaft zu seiner Zeit sehr gepflegt. Es hätten mehrere Delegationsreisen

des rheinland-pfälzischen Landtags in die Region stattgefunden. Der ehemalige Landtagspräsident Mertens habe stets empfohlen, diese Aufgabe stärker beim Kulturausschuss zu verorten.

Abg. Martin Louis Schmidt bedankt sich zunächst dafür, dass dieses wichtige Thema von der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf die Tagesordnung gesetzt worden sei. Er bitte um Auskunft, ob die mobile Wanderausstellung in diesem Jubiläumsjahr auch im Foyer des Abgeordnetenhauses gezeigt werde. Dies würde er sehr begrüßen.

Heute werde angenommen, 4 oder 5 Millionen, möglicherweise auch mehr Brasilianer hätten deutsche Wurzeln. Von diesen habe ein erheblicher Teil Vorfahren aus dem Hunsrück, aus Rheinhessen sowie aus dem Nassauischen, also aus verschiedenen rheinland-pfälzischen Gebieten. Dieser Einfluss sei demnach hinsichtlich der Bevölkerungszahl beträchtlich. Brasilien sei das viertgrößte Land der Erde, eine sehr große Volkswirtschaft und das einwohnerstärkste Land in Südamerika. Daher bestünden nicht nur aus kulturhistorischer Sicht erhebliche Chancen für das Land Rheinland-Pfalz.

Die Auswanderung aus dem deutschen Raum von kleineren oder mittleren Bauern habe in Brasilien auch im sozialen Bereich sehr Wertvolles bewirkt. Das Land und all seine nördlichen Regionen seien bis dahin durch die Plantagenwirtschaft mit Sklaverei geprägt gewesen. Für Brasilien sei der Einfluss einer kleinbäuerlicheren Wirtschaft basierend auf Eigenleistung neu gewesen. Auch dieser Initiative sei es geschuldet, dass es zu erheblichen sozialen Veränderungen gekommen sei, die bis heute fortwirkten. So zählten die beiden stark deutsch beeinflussten südlichen Bundesstaaten zu den wohlhabendsten in Brasilien.

Insgesamt bestünden also aus seiner Sicht enorme Chancen, auch in ökonomischer Hinsicht, für Betriebe in Brasilien. Er habe bereits im Zusammenhang mit der Nordamerikaauswanderung von Pfälzern betont, dass diese Chancen genutzt werden sollten. Das aktuelle Jubiläumsjahr biete nun die Möglichkeit, einen Auftakt zu schaffen.

Staatsministerin Katharina Binz teilt mit, ihr sei nicht bekannt, ob geplant sei, die Wanderausstellung auch im Landtag oder im Abgeordnetenhaus zu zeigen. Über das, was im Landtag passiere, entscheide wie immer nicht die Landesregierung, sondern der Landtag.

Abg. Dr. Herbert Drumm erkundigt sich, ob anlässlich dieses Jubiläums Kontakte – möglicherweise auch auf Ebene der Landesregierung – zu dem entsprechenden Bundesstaat in Brasilien bestünden.

Dr. Felix Schmidt (Referent im Ministerium für Familie, Frauen, Kultur und Integration) antwortet, seines Wissens nach pflege die Landesregierung selbst keine derartigen direkten Kontakte. Die Veranstalter auch der Wanderausstellung hätten aber Kontakte zum brasilianischen Konsulat in Deutschland, und auch von dortiger Seite werde das Jubiläum begleitet und sei gegebenenfalls Besuch zu erwarten.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 8 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Vors. Abg. Michael Wagner weist auf die geplante Informationsfahrt des Ausschusses vom 3. bis zum 5. Juli 2024 nach Oppeln hin.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt er die Sitzung.

gez. Dr. Julia Voßen
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Klinkel, Nina	SPD
Lewentz, Roger	SPD
Liguori, Manuel	SPD
Rahm, Andreas	SPD
Rommelfanger, Lothar	SPD
Herber, Dirk	CDU
Koch, Sven Ludwig	CDU
Wagner, Michael	CDU
Winkler, Josef	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stuhlfauth, Peter	AfD
Willius-Senzer, Cornelia	FDP
Drumm, Dr. Herbert	FREIE WÄHLER
Schmidt, Martin Louis	fraktionslos

Für die Landesregierung

Binz, Katharina	Ministerin für Familie, Frauen, Kultur und Integration
Hahn, Christina	Stellv. Abteilungsleiterin im Ministerium des Innern und für Sport

Landtagsverwaltung

Rädle, Kathrin	Regierungsinspektorin
Voßen, Dr. Julia	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)